

18. Februar 2015

**„Denn sie wissen, was sie tun“
Strategien zum Umgang mit Kinder- und Familienarmut in Berlin
Empfehlungen des Berliner Beirats für Familienfragen
anlässlich der Veröffentlichung der Expertise
„Lebenslagen und Potentiale armer Familien in Berlin“**

Zusammenfassung

Kinder- und Familienarmut ist in Berlin kein Randphänomen. Etwa ein Fünftel aller Berlinerinnen und Berliner lebt armutsgefährdet. Je nach Familienform und sozialen Belastungsfaktoren erhöht sich das Risiko in Armut zu leben. Dabei bedeutet Armut nicht nur ein geringes Einkommen, sondern führt in vielen Formen zu Einschränkungen im sozialen, emotionalen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich.

Der Berliner Senat hat sich in dieser Legislaturperiode dazu verpflichtet, eine „ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut“ zu entwickeln. Der Berliner Beirat für Familienfragen arbeitet mittlerweile an der Entstehung einer solchen Strategie mit.

Die nun vorliegende Expertise des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., welche der Familienbeirat in Auftrag gegeben hat, kann diesen Erarbeitungsprozess unterstützen und liefert wichtige Erkenntnisse zu den Lebenslagen und Potentialen armer Familien in Berlin.

Ziel der Studie war es, (einkommens)arme Familien danach zu befragen, welchen Belastungen sie sich ausgesetzt sehen und welche Ressourcen und Strategien sie entwickeln, um trotzdem ihr Familienleben aufrechterhalten zu können.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse empfiehlt der Berliner Beirat für Familienfragen dem Berliner Senat,

- das Verständnis von Armut und den Folgen, die Armut für alle Familienmitglieder haben kann, über die Einkommensarmut hinaus auszuweiten und in diesem Sinne Strategien zu erarbeiten, um Folgen von Armut zu verhindern und/oder gut zu begleiten,
- arme Familien von vornherein in die Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen mit einzubeziehen in dem Sinne, als dass ihre eigenen Ressourcen gestärkt und Handlungsstrategien ermöglicht werden.

Im Einzelnen fordert der Berliner Beirat für Familienfragen dazu auf,

- die Sensibilisierung in Kita, Schule, Jobcentern sowie den Jugendämtern zum Thema Armut zu erhöhen,

Familien fragen

- Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach SGB II mit Angeboten der Familienbildung und Förderung (insbesondere § 16 SGB VIII) zu verknüpfen,
- die Bereitstellung von Kitaplätzen in belasteten Sozialräumen sicherzustellen sowie den Ganztagsbereich an Schulen für alle Kinder zu öffnen,
- ein Schwerpunktprogramm Gesundheitsförderung, welches alle Familienmitglieder mit einbezieht, zu entwickeln sowie Präventionsketten für gesundes Aufwachsen in allen Berliner Bezirken aufzubauen,
- den BerlinPass, Bildungs- und Teilhabeleistungen, Lehrmittelbefreiung und weitere Leistungen auch für Familien, die zwar über Einkommen verfügen, jedoch durch Überschuldung belastet sind, zugänglich zu machen,
- das Wohnenbleiben in vertrauten Sozialräumen zu ermöglichen, um auf stabile nachbarschaftliche Netzwerke und Infrastrukturen zurückgreifen zu können,
- die Begleitung von nachbarschaftlichem Miteinander durch Familien- und Stadtteilzentren zu ermöglichen,
- niedrigschwellige Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für die ganze Familie, insbesondere auch für ältere Kinder und Jugendliche, auszubauen,
- das innerfamiliäre Miteinander auch nach einer Trennung der Eltern, bspw. durch Paar- und Lebensberatungen, zu fördern,
- Informationen zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien in kommunalen Familienbüros und auch online bereitzustellen sowie
- bürokratische Hürden für Familien ab- und Beratungsangebote zu Antragsverfahren auszubauen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen schlägt vor, landesweit integrierte Netzwerke gegen Kinder- und Familienarmut aufzubauen und mit ausreichend Ressourcen auszustatten. Ziel dieser Netzwerke soll es sein, vor Ort, am besten im Sozialraum, alle Akteure/innen der Arbeit mit und für arme Familien (öffentliche Träger, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsangebote, Familien- und Stadtteilzentren, Ehrenamtsprojekte u.v.m.) an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam ihre Arbeit aufeinander abzustimmen. Die Netzwerke können dabei auf bestehende Netzwerkstrukturen wie die Lokalen Netzwerke Kinderschutz oder Präventionsketten für gesundes Aufwachsen aufbauen.

Ausgangslage

Mit einer Armutsgefährdungsquote von 21,4% liegt Berlin über dem Bundesdurchschnitt (15,4%) und belegt unter den Bundesländern Rang 14. Das Armutsrisiko ist in der Stadt zudem regional sowie in Bezug auf bestimmte soziale Merkmale wie Familienform oder Migrationshintergrund höchst ungleich verteilt. So besteht in Neukölln bei 24,1% aller Menschen eine Armutsgefährdung, in Friedrichshain-Kreuzberg sind es 21,1%, dagegen in Steglitz-Zehlendorf 9,1%. Im gesamten Stadtgebiet sind dies aber gleichzeitig 26% aller Kinder unter 18 Jahren, die bei Alleinerziehenden leben und 27,3% aller Menschen mit Migrationshintergrund.

Zudem haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Studien, insbesondere die Langzeitstudie des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt am Main (ISS) im Auftrag des AWO Bundesverbands e.V., eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass Armut nicht alleine in Bezug auf die Einkommensverhältnisse betrachtet werden kann. Die Expertise des ISS zu „Lebenslagen und Potentialen armer Familien in Berlin“, die der Berliner Beirat für Familienfragen in Auftrag gegeben hat und deren Abschlussbericht nun vorliegt, setzt genau an diesem Verständnis an: „Armut in Familien wirkt sich auf die Teilhabe von Eltern und Kindern in allen Lebensbereichen aus. Bildung, Gesundheit, aber auch soziale Netzwerke und die Freizeitgestaltung sind davon betroffen. Familiäre Armut wirkt sich damit auch auf die weiteren Chancen von Kindern und Jugendlichen im Lebensverlauf aus.“

Bereits im Familienbericht 2011 „Zusammenleben in Berlin“ hat sich der Berliner Beirat für Familienfragen mit der Situation armer Familien in Berlin auseinandergesetzt und dabei festgestellt, dass die Einkommensverhältnisse und Armutsgefährdungsquoten gut erfasst sind. Ziel der nun vorliegenden Studie war es, die Familien selbst in insgesamt 32 Interviews zu Wort kommen zu lassen und zu fragen, über welche Ressourcen sie verfügen, um auch unter den Bedingungen von Einkommensarmut ihr Familienleben aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurden die Familien gebeten, über außergewöhnlichen Belastungen und Barrieren zu berichten.

Ebenfalls im Familienbericht 2011 „Zusammenleben in Berlin“ wurde der Berliner Senat vom Berliner Beirat für Familienfragen aufgefordert, die Armutsprävention zu fokussieren. In der aktuellen Koalitionsvereinbarung heißt es nun, die Koalition werde eine „ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut entwickeln“ (Kapitel 7: Familienfreundliches Berlin). Der Berliner Beirat für Familienfragen unterstützt durch seine Mitarbeit an der Entwicklung dieser Strategie die Bemühungen des Senats und sieht die Expertise zu „Lebenslagen und Potentialen armer Familien in Berlin“ als einen Beitrag zur Entwicklung eines nachhaltigen und wirkungsvollen gesamtstädtischen Konzepts zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut.

Lebenslagen und Potentiale armer Familien in Berlin

1. Arme Familien sind nicht nur einkommensarm

Armut beginnt zwar meist mit geringem Einkommen, stellt jedoch insgesamt ein ganzes Bündel von sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen dar. Neben dem Einkommensbezug aus sozialen Transferleistungen (Arbeitslosengeld II bzw. I, Unterhaltsvorschuss und weiteren Leistungen/Unterstützung) stellen geringe Löhne, Überschuldung, beengte Wohnverhältnisse und schlecht ausgestattete Wohnungen, gesundheitliche Beeinträchtigungen sowie eingeschränkte kulturelle Teilhabe in Bildung und Freizeit die Familien vor erheblichen Herausforderungen. **Der Berliner Beirat für Familienfragen fordert daher alle Verantwortlichen in der Berliner Politik und Verwaltung auf, Armut als ein komplexes Zusammenkommen unterschiedlicher Beeinträchtigungen aufzufassen.**

Wie in der Studie deutlich wird, ist es nicht alleine die Einkommensarmut, sondern ein solches Aufeinandertreffen mehrerer Faktoren („multiple Deprivationslagen“), welches das Familienleben gefährdet.

Der Berliner Beirat für Familienfragen betont, dass die Familie – die Gemeinschaft unterschiedlicher Generationen, die füreinander Sorge tragen – die Keimzelle und wichtigste Sozialisationsinstanz der Gesellschaft ist. In der Familie wird Fürsorge übernommen und erlernt und die Kinder werden auf ihr Leben in der Gesellschaft vorbereitet. Um diese Funktionen erfüllen zu können, brauchen Familien gute und förderliche Rahmenbedingungen.

Da die Gestaltungsmöglichkeiten zur Erhöhung des Haushaltseinkommens (Erhöhung ALG-II-Sätze, Entwicklung einer Kindergrundsicherung etc.) auf Landesebene beschränkt sind, ist es nach Auffassung des Familienbeirats die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für familiäres Leben so zu gestalten, dass es auch unter den Bedingungen von Einkommensarmut aufrecht erhalten werden kann. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sicherstellung sozialer Teilhabe trotz Verschuldung, die Bereitstellung angemessenen Wohnraums, die Unterstützung bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, der Zugang für alle zu positiven Bildungserfahrungen sowie ausreichend niedrigschwellige Kultur- und Freizeitangebote.

2. Arme Familien wollen nicht arm sein

a) Bildungsorientierung

In den Interviews, die mit den Familien geführt wurden, wird deutlich, dass die meisten Eltern¹ einen großen Wert auf die Förderung und Bildung ihrer Kinder legen, um ihnen so einen späteren Ausstieg aus der Armut zu ermöglichen. Dabei herrscht ein breites Bildungsverständnis vor: Eine gute Kindertagesstätte, eine gute Schulbildung (z.T. in Privatschulen und mit Hilfe kostenintensiver Nachhilfe) und die Erlangung eines Schulabschlusses, gute Sprachkenntnisse sowie musikalische und weitere Bildung. Allerdings kritisieren viele Eltern zum einen fehlende Angebote in der Betreuung und Unterstützung ihrer Kinder am Nachmittag (entweder wird auf Grund von Arbeitslosigkeit kein Bedarf auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule anerkannt oder aber Angebote der Nachmittagsbegleitung ab der siebten Klasse fehlen völlig), zum anderen machen arme Eltern Diskriminierungserfahrungen, wenn es bspw. um Einzahlungen in die Klassenkasse oder Klassen/Schulfahrten geht. Dabei scheint zu gelten: Je älter die Kinder, desto höher die unkalkulierbaren Kosten, d.h. dass die Armutssensibilität sowohl in der Grund-, als auch in der Oberschule ausgebaut werden muss.

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt, den Zugang zur Ganztagsbetreuung an Berliner Grundschulen für alle Kinder, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, zu öffnen, um so eine gute pädagogische Begleitung des Schulalltages auch außerhalb der Unterrichtszeiten zu ermöglichen. Des Weiteren hält es der Familienbeirat für wichtig, die Armutssensibilität der Lehrer/innen zu erhöhen, z.B. durch Sensibilisierungstrainings und pädagogische Weiterbildungen. Dieses gilt nicht nur für die Grund-, sondern auch für die Oberschulen in Berlin.

b) Erwerbsorientierung

Gleichzeitig bemerkt die Expertise eine Orientierung an Erwerbstätigkeit bei allen Familien, häufig verbunden mit dem Wunsch, Unabhängigkeit vom Jobcenter zu erlangen. Dem stehen jedoch Hürden entgegen: Insbesondere beklagen viele der Interviewten eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch wenige Teilzeitstellen und kaum Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Tätigkeiten im Schichtdienst im Einzelhandel und der Sozialwirtschaft.

Der Berliner Beirat für Familienfragen mahnt dringend an, die Angebote der flexiblen Kinderbetreuung – sowohl im Rahmen der ergänzenden Kinderbetreuung als auch durch Förderung und Aufforderung von Unternehmen, sich im Bereich Kinderbetreuung zu engagieren – auszubauen und die bisherigen gesetzlichen

¹ Die Expertise „Lebenslagen und Potentiale armer Familien in Berlin“ stellt im Wesentlichen die Aussagen von Müttern dar. Die Notwendigkeit des stärkeren Einbezugs der Väter wird problematisiert, konnte im Rahmen dieser Forschung jedoch leider nicht bearbeitet werden.

Möglichkeiten (bspw. ergänzende Kindertagespflege nach § 17 Abs.4 KitaFöG) stärker zu bewerben.

Darüber hinaus berichten viele der Befragten von mangelnder Unterstützung durch die Jobcenter, bspw. indem bei der Vermittlung in Qualifizierungsmaßnahmen der familiären Situation keine Beachtung geschenkt wird (z.B. Weiterbildung von Alleinerziehenden zu Hotelfachangestellten, welche regelmäßig spät abends, nachts oder am Wochenende arbeiten müssen).

Bereits in seinem Familienbericht 2011 „Zusammenleben in Berlin“ hat der Berliner Beirat für Familienfragen empfohlen, Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach SGB II mit Angeboten der Familienbildung und –förderung zu verknüpfen. Der Familienbeirat hält an dieser Idee fest. Der Beirat ist überzeugt: Ohne die Wahrnehmung familiärer Fürsorgepflichten und Herausforderungen kann eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt nur schwer gelingen und ist oftmals mit einem Verlust an Stabilität im Familienleben verbunden.

c) Gesundheitliche Beeinträchtigungen

In der Expertise des ISS tritt sehr deutlich der Zusammenhang von Armut und gesundheitlicher Lage hervor. Gesundheitliche Probleme nehmen in den meisten der befragten Familien einen großen Raum ein. Die Mütter berichten von (z.T. chronischen) psychischen Erkrankungen, Erschöpfungszuständen und traumatischen Geburtserlebnissen, in Bezug auf die Väter wird von Suchterkrankungen und Verletzungen/Unfallfolgen berichtet. Bei den Kindern spielen insbesondere Übergewicht/Adipositas und Entwicklungsverzögerungen eine Rolle und psychische Beeinträchtigungen werden als Folgen der Trennung der Eltern thematisiert. Die Pflege kranker oder behinderte Kinder wiederum hat oftmals für die Mutter eine noch schlechtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Folge. Aus den Zahlen des Handlungsorientierten Sozialstrukturatlas sowie aus den Berliner Daten zur Einschulungsuntersuchung, welche die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales publiziert, geht hervor, dass sich gesundheitliche Problemlagen insbesondere in den Bezirken häufen, welche die schlechteste Sozialstruktur aufweisen (Mitte, Neukölln).

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt dem Senat, aber auch den Berliner Bezirken, Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere für arme Familien als besonderen Schwerpunkt ernst zu nehmen und ressortübergreifend zwischen den Bereichen Gesundheit, Jugend/Familie, Bildung und Soziales zu koordinieren. Gute Beispiele sind die im Aufbau befindlichen Präventionsketten für gesundes Aufwachsen in Marzahn-Hellersdorf und Neukölln. Darüber hinaus regt der Familienbeirat ein Brennpunktprogramm Prävention und Gesundheitsförderung an, welches – ähnlich dem Bonusprogramm Schule – an den Bildungsinstitutionen (Kindertagesstätte, Schule) ansetzt und die gesamte Familie in die Maßnahmen mit einbezieht.

d) Schulden

Etwa die Hälfte der befragten Familien berichtete über aktuelle Schulden (berlinweit sind nach Angaben der Wirtschaftsauskunftsdatei Creditreform 13% der Berlinerinnen und Berliner überschuldet, d.h., dass sie ihre Verbindlichkeiten in absehbarer Zeit nicht zurückzahlen können). Weitere Familien hatten Schulden in der Vergangenheit, konnten diese aber tilgen. In nur wenigen Fällen sind die Schulden mit zu hohen Konsumausgaben zu erklären, den größten Anteil haben Mietschulden sowie übernommene Schulden aus früheren Partnerschaften.

Da der Zugang zu Vergünstigungen insbesondere im Bereich der Bildung, Kultur und Freizeit, bspw. der BerlinPass, Bildungs- und Teilhabeleistungen, Lehrmittelbefreiung und Weiteres auf Grund des Haushaltseinkommens bzw. dem Bezug von Transferleistungen abhängt, ist dieser v.a. den Familien versperrt, die zwar über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen, jedoch auf Grund ihrer Verschuldung nicht über dieses Geld verfügen können.

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt, den BerlinPass, Bildungs- und Teilhabeleistungen, Lehrmittelbefreiung und weitere Unterstützungsleistungen auch für diejenigen Kinder zugänglich zu machen, deren Eltern auf Grund von Überschuldung nicht in der Lage sind, voll dafür aufzukommen.

e) Wohnen und Wohnumfeld

Arme Familien wohnen in Berlin mit gravierenden Einschränkungen. Zu geringe Wohnungsgrößen, schlechte und kaputte Ausstattung sowie teilweise unsanierte Wohnungen prägen die Lebenssituation der befragten Familien. Gleichzeitig fällt es ihnen auf Grund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt zunehmend schwer, nach Alternativen zu suchen, ohne dafür den vertrauten Sozialraum verlassen zu müssen, insbesondere in innerstädtischen Lagen. Nachbarschaftliche Netzwerke stellen jedoch eine der entscheidenden Ressourcen armer Familien dar für die Aufrechterhaltung ihres Familienlebens. Im Hinblick auf das Wohnumfeld artikulieren viele der Familien Überfremdungsängste. Gleichzeitig erleben sie Diskriminierung bei der Wohnungssuche sowie von Vermieter/innen mit dem Hinweis darauf, dass für sie ohnehin keine Wohnungsalternativen bestünden.

Der Berliner Beirat für Familienfragen fordert die Sozial- und Stadtentwicklungspolitik auf, familienfreundliches Wohnen in der gesamten Stadt zu ermöglichen mit dem Ziel, in vertrauten Sozialräumen wohnen bleiben zu können.

Auch eine schlechte Ausstattung bzw. der schlechte Zustand einer Wohnung darf nicht dazu führen, dass sich dies für Familien erst verbessert, wenn sie ihre vertrauten Sozialräume verlassen müssen.

Gleichzeitig hält es der Familienbeirat für wichtig, Dialoge zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen eines Sozialraumes zu installieren und durch nachbarschaftliches Miteinander Ängste und Ressentiments abzubauen. Institutionen, die aktiv

Nachbarschaft herstellen können, wie Familienzentren und Nachbarschaftsheimen, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

f) Freizeitgestaltung

Die Expertise des ISS unterscheidet in zwei etwa gleich große Gruppen von Familien hinsichtlich ihres Freizeitverhaltens: Familien, die eine ausgeprägte gemeinsame Freizeitgestaltung haben und Familien, die nur wenig gemeinsam aktiv sind. Als Gründe für ein geringes gemeinsames Freizeiterleben der zweiten Gruppe geben die Befragten an, dass sie durch ihren Gesundheitszustand gehindert sind, kostengünstige/kostenlose Freizeitmöglichkeiten kaum bekannt sind und oftmals die Zeit fehlt für gemeinsame Unternehmungen.

Aus Sicht des Berliner Beirats für Familienfragen muss es Ziel von Angeboten der Freizeitgestaltung in Kultur, Sport und Unterhaltung sein, niedrigschwellige Aktivitäten anzubieten und dabei die gesamte Familie – nicht nur einzelne Familienmitglieder wie bspw. die Kinder – in die Angebote mit einzubeziehen.

3. Arme Familien verfügen über Ressourcen und Strategien

Das Engagement armer Eltern steht in direktem Zusammenhang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Expertise des ISS unterscheidet dabei in Ressourcen auf materieller Ebene, auf Ebene des Familiensystems (soziale Beziehungen), auf individueller und auf struktureller Ebene.

a) Materielle Ressourcen

Dass Armut, auch soziale, kulturelle und gesundheitliche Folgen von Armut, ihren Ausgangspunkt meist in der Einkommensarmut haben, ist hinlänglich untersucht. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Landespolitik, Regelsätze im SGB II-Bezug zu erhöhen oder private Insolvenzverfahren zu gestalten. Allerdings wird in der Expertise deutlich, dass insbesondere bei Alleinerziehenden die Unterhaltsleistungen des Ex-Partners (meist des Vaters) nicht oder selten regelmäßig gezahlt werden.

Die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen muss aus Sicht des Berliner Beirats für Familienfragen daher strikt verfolgt werden. Da das Ausbleiben des Unterhalts für viele Alleinerziehende keine vorübergehende Situation darstellt, empfiehlt der Berliner Beirat für Familienfragen dem Berliner Senat, sich bundesweit für eine Ausweitung des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss nach § 3 Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) über 72 Monate hinaus stark zu machen. Des Weiteren regt der Familienbeirat den Berliner Senat an, sich im Rahmen seiner Verantwortung im

Bundesrat der Entwicklung einer Kindergrundsicherung, wie sie mittlerweile von einem breiten Bündnis gefordert wird, anzuschließen.²

b) Ressourcen auf der Ebene des Systems sozialer Beziehungen

Es ist nicht nur die Qualität der Beziehungen innerhalb eines Haushaltes, die entscheidend zum Wohlergehen innerhalb einer Familie beiträgt. Ebenso wird ein Familienleben maßgeblich von Personen außerhalb der Kernfamilie gestützt. Das Vorhandensein und eine aktive Rolle eines Partners/einer Partnerin bzw. auch des Ex-Partners/der Ex-Partnerin spielt eine wichtige Rolle. Neben regelmäßigen Unterhaltszahlungen unterstützen diese durch gemeinsame Aktivitäten mit den Kindern, Austausch bei (Erziehungs)Problemen und regelmäßige Kinderbetreuung. Darüber hinaus stellen weitere private Netzwerke wie Freundschaften und Nachbarschaften eine entscheidende Ressource armer Familien in Berlin dar, indem sie finanziell (bspw. durch die Übernahme der Kosten für Klassenfahrten), alltagspraktisch, emotional und informativ unterstützen.

Da Gruppen und Vereine hierbei eine eher untergeordnete Rolle spielen regt der Berliner Beirat für Familienfragen an, noch stärker als bisher Institutionen im Sozialraum (Familienzentren, Nachbarschaftsheime, Jugendclubs etc.) dafür auszustatten, um aktiv nachbarschaftliches Miteinander, z.B. durch Feste, Kiezcafés, Konfliktmoderationen etc., herzustellen.

Grundsätzlich hält es der Familienbeirat für wichtig, Paar- und Lebensberatungen stärker als bisher anzubieten mit dem Ziel, auch nach einer Trennung ein partnerschaftliches Miteinander in der Familienorganisation aufrecht zu erhalten.

c) Individuelle Ressourcen

Um auch unter den Bedingungen von materieller Armut ein gutes Familienleben aufrecht erhalten zu können, erkennt die Expertise des ISS vier wichtige inhaltliche Ressourcen in den Antworten der Interviewten: Ein **Kohärenzgefühl**, d.h. das Gefühl, dass das Leben „einen Sinn“ hat, **Optimismus**, d.h. die Erwartung eines guten Ausgangs bei Problemlagen, **Selbstwirksamkeitserfahrung**, d.h. das Gefühl, durch eigene Handlungen die eigene Situation beeinflussen zu können sowie eine **Aufstiegsorientierung**, d.h. die Orientierung an einem anderen und vermeintlich besseren Leben. Diese Haltungen werden insbesondere in der Kindheit und im Jugendalter erlernt und sind stark von den eigenen Erfahrungen in und mit Institutionen abhängig. Der Familienbeirat unterstreicht den Ansatz des Berliner Bildungsprogramms für Kindertagesstätten und Kindertagespflege, ein positives Selbstbild als Voraussetzung für weitere Bildungsprozesse aufzufassen. Dieses könnte sinnvoll durch

² Das Konzept für eine Kindergrundsicherung sieht vor, Familien für jedes Kind eine Grundsicherung in Höhe von 536 Euro auszubezahlen (dies orientiert sich an der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums), welche nicht mit anderen Leistungen verrechnet wird. Bisherige Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld, Unterhaltsvorschuss etc. fallen im Gegenzug weg.

Konzepte vorurteilsbewusster Erziehung und Bildung – auch im Schulbereich – ergänzt werden.

Nach Ansicht des Berliner Beirats für Familienfragen ist es Aufgabe von Kindertagesstätten und Schulen, positive Erfahrungen durch Anerkennung, gelebte Partizipation und Motivation zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende pädagogische Haltung gegenüber Kindern und deren Familien, die sich in erster Linie in Wertschätzung und Ressourcenorientierung (im Gegensatz zu Defizitorientierung) ausdrückt.

d) Strukturelle Ressourcen

Im Abschlussbericht der Expertise des ISS wird immer wieder deutlich: Familien, insbesondere arme Familien, brauchen Erholungs- und Regenerationsmöglichkeiten, um sich den Belastungen der materiellen Armut stellen zu können. Dazu gehören Angebote des Hilfesystems wie Beratungs- und Freizeitangebote, an ganz zentraler Stelle ist dies jedoch auch die Einbettung in den Sozialraum. Private Netzwerke, Nachbarschaft, vertraute Wege (v.a. für die Kinder) und gegenseitiges Verständnis für die eigene Lage stellen wichtige Entlastungsfaktoren dar.

Der Berliner Beirat für Familienfragen weist in diesem Zusammenhang auf die dringende Notwendigkeit, Familien ein Wohnenbleiben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen hin. Die Orientierung der Wohnaufwendungsverordnung an tatsächlichen Neuvermietungspreisen, die Beratung und Unterstützung bei Steigerung von Mieten und Nebenkosten sowie die Erhöhung des Bewusstseins in Institutionen wie den Jobcentern für die Bedeutung des Sozialraums für das Familienleben sind dafür entscheidende Voraussetzungen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen regt insbesondere die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften dazu an, Tauschbörsen für Wohnungen einzurichten, sodass große und kleine Wohnungen auch ohne Mietsteigerungen gegeneinander getauscht werden können.

4. Arme Familien wissen, wie sie unterstützt werden können

Ziel der Expertise ist es zu verstehen, wie ein gelingendes Familienleben auch unter den Bedingungen von Einkommensarmut aufrechterhalten werden kann bzw. welche Belastungsfaktoren dem besonders stark entgegenwirken. Sehr deutlich wird dabei, dass alle befragten Familien Strategien entwickelt haben, um ihre Armutssituation zu bewältigen: Als **kurzfristige Strategien** wurden genannt die Aufnahme von Nebenjobs, (weiteren) Schulden z.T. auch bei privaten Netzwerken sowie finanzielle Einsparungen im Freizeitverhalten, der Wohnung und der Ernährung. Sehr deutlich tritt dabei hervor, dass Eltern zunächst bei sich selbst sparen, finanzielle Einschränkungen für die Kinder eher als letzter Ausweg angesehen werden. Als **langfristige Strategien** wurden angegeben die Aus-

und Weiterbildung der Eltern, um eine Arbeit bzw. eine bessere Arbeit zu finden sowie die permanente wirtschaftliche Haushaltsführung.

Emotionale und körperliche Überlastung, psychosozialer Stress (u.a. durch Stigmatisierungen und gesellschaftliche Erwartungen) sowie andauernder Zeitdruck prägen die Alltagssituationen armer Familien. Für die Bewältigung greifen die Familien v.a. auf ihre Kompetenzen in der zeitlichen Strukturierung des Familienalltags sowie Kinderbetreuungsangebote und Sozialberatungsstellen zurück. Selbstwirksamkeit, die Förderung der Resilienz sowie eine grundsätzliche Bescheidenheit der eigenen Kinder erscheinen Vielen als wichtiges Erziehungsziel. Häufig geht damit einher eine starke Fokussierung auf die Bedürfnisse der Kinder.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse empfiehlt der Berliner Beirat für Familienfragen, Armutsprävention darauf auszurichten, die gelebten Strategien der Familien zur Bewältigung ihrer Lebenssituation zu unterstützen und sie in die Gestaltung von Unterstützungsangeboten mit einzubeziehen. Insbesondere muss es darum gehen, den Familien zeitliche und soziale Räume zu schaffen, in welchen sie sich regenerieren und weitere für sie passende Strategien entwickeln können.

Aus den Ergebnissen der Befragung wird deutlich, dass Familien insbesondere dann Unterstützung brauchen, wenn sie

- über kein stabiles Netzwerk aus professionellen Hilfen, Freunden und Familie verfügen,
- derzeit in einer konfliktreichen Trennungssituation leben bzw. der Kontakt zum Ex-Partner/ der Ex-Partnerin problembehaftet ist,
- Schulden vorhanden sind und/oder
- über keine abgeschlossene Berufsqualifizierung und nur über eingeschränkte Einkommensperspektiven verfügen.

Eltern wünschen sich dabei überwiegend punktuelle Unterstützung, insbesondere für den Umgang mit Problemen in der Schule, bei Erziehungsfragen, bei der Unterstützung im Haushalt, bei gesundheitlichen Problemen, für den Umgang mit Schulden sowie im Umgang mit Behörden. Die gute Betreuung von Vorschul- und Schulkindern spielt in allen befragten Familien eine zentrale Rolle. Informationen erhalten sie dabei entweder auf Grund eigenständiger Suche sowie durch Informationen von privaten Netzwerken und durch Weitervermittlung durch Anlaufstellen. Familienzentren, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, Jugendämter und auch Elterncafés in Grundschulen wurden hier als besonders wichtige Institutionen genannt.

Der Berliner Beirat für Familienfragen hat wiederholt auf die Bedeutung guter, niedrigschwelliger und umfassender Informationsangebote für Familien hingewiesen. Der Beirat empfiehlt dringend, in jedem Berliner Bezirk ein kommunales Familienbüro zu entwickeln, in welchem Familien Rat, Beratung und Weitervermittlung erhalten.

Das Familieninformationsportal auf www.berlin.de/familie, welches der Familienbeirat in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft im

Sommer 2014 ans Netz gebracht hat, hält Informationen für Familien lebenslagenorientiert bereit.

Die Erfahrungen mit dem Hilfesystem sind unterschiedlich: Wird lediglich die Grundsicherung erwartet, so haben die meisten der befragten Familien positive Erfahrungen mit dem Jobcenter gemacht. Bestehen jedoch Fragen hinsichtlich der Vermittlung in Arbeit und Qualifizierung oder akuter Unterstützungsbedarf in Notsituationen, so erfahren die Familien kaum Unterstützung. Zudem wird von einer mangelnden Sensibilität bzgl. der eigenen familiären Situation berichtet: Gespräche in den Jobcentern werden teilweise nicht in die Betreuungszeiten der Kinder terminiert und teilweise wird in Beschäftigungen vermittelt, die auf Grund der familiären Situation schwer ausführbar sind (Schichtdienste für Alleinerziehende etc.).

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt, die gute Arbeit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in den Jobcentern und Arbeitsagenturen auszubauen und so – in Vernetzung mit den bezirklichen Jugendämtern – die Beratung und Vermittlung familienfreundlicher zu gestalten.

Auch wenn der Eindruck, den die meisten der interviewten Familien vom Jugendamt hatten, zunächst negativ und angstbesetzt war, so gaben sie doch an, überwiegend positive Unterstützung zu erfahren. Allerdings herrscht Frustration vor, wenn die Hilfen des Jugendamtes, insbesondere die sozialpädagogische Familienhilfe, als bevormundend erlebt und die strukturellen Barrieren (bspw. auf dem Arbeitsmarkt), denen sich die Familien gegenüber sehen, nicht wahrgenommen werden. Als auffällig beschreibt das ISS die Erkenntnis, dass trotz Bedarfs selten an weitere Unterstützungsangebote, wie bspw. Schuldnerberatung, weitervermittelt wird. Aufsuchende Hilfen wie bspw. Stadtteilmütter und Ersthäusbesuche nach der Geburt eines Kindes werden von den Familien durchgehend begrüßt.

Der Berliner Beirat für Familienfragen verweist auf das Prinzip der Mitwirkung bzw. das Wunsch- und Wahlrecht im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach § 5 SGB VIII. In diesem Sinne sollten die Jugendämter die Familien von vornherein in die Planung einer Hilfe einbeziehen und so Vertrauen in die eigene Institution aufbauen.

Zum System der Kindertagesbetreuung äußerten sich die Familien überwiegend positiv, insbesondere in Bezug auf die Qualität der pädagogischen Arbeit. Allerdings sehen sie diese immer wieder durch personelle Engpässe (bspw. auf Grund von hohen Krankheitsraten) gefährdet. Zudem klagen einige der Eltern darüber, keinen oder nur sehr schwierig einen Betreuungsplatz zu finden.

Der Berliner Beirat für Familienfragen weist darauf hin, dass dringend die Anstrengungen zur Gewinnung neuer Erzieher/innen erhöht werden müssen. In diesem Zusammenhang ist es für die Debatte nicht hilfreich, dass die Senatsverwaltung für Finanzen vorschlägt, die Zuschüsse an Kindertagesstätten zu verringern. Im Gegenteil muss sich nach Ansicht des Familienbeirats die Erzieher/in-Kind-Relation in den nächsten Jahren deutlich verbessern. Zudem hält es der

Familienbeirat für sinnvoll, die sozioökonomischen Kriterien der jeweiligen Sozialräume im Kitabedarfsatlas, welcher der Förderkulisse für den Kitaplatzausbau zu Grunde liegt, zu ergänzen: Sozialräume mit schlechter sozialer Lage sollten beim Ausbau des Platzangebots priorisiert werden.

Im Hinblick auf das Schulsystem äußern die Familien jedoch große Unzufriedenheiten: Insbesondere wird eine mangelnde Armutssensibilität beklagt, bspw. wenn Geld für die Klassenkasse eingesammelt wird oder Schulmaterialien angeschafft werden sollen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen rät dringend dazu, das Thema Armut in die Ausbildung der Pädagogen/innen aufzunehmen und so auch in der Schule die Armutssensibilität zu erhöhen (s. auch oben).

Kein Unterstützungsbedarf hingegen besteht aus Sicht der befragten Familien im Hinblick auf ihr Ernährungsverhalten, insbesondere Kochkurse werden als diskriminierend empfunden. Ebenso fühlen sich einige Familien bevormundet, wenn ihnen Hinweise zur Haushaltsführung gegeben werden; Sparsamkeit ist in der Expertise als eine der wichtigen Überlebensstrategien armer Familien beschrieben worden und daher eher als Ressource, denn als Defizit aufzufassen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen regt an, Projekte der Arbeit für und mit armen Familien daraufhin zu überprüfen und am selbst formulierten Hilfebedarf der Familien anzusetzen und nicht bevormundend zu wirken.

5. Eine Berliner Strategie gegen Kinder- und Familienarmut

In der aktuellen Berliner Koalitionsvereinbarung wurde vereinbart, in dieser Legislaturperiode eine „ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut“ zu entwickeln. Der Berliner Beirat für Familienfragen versteht die in seinem Auftrag vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik vorgelegte Expertise zu „Lebenslagen und Potentialen armer Familien in Berlin“ als einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer solchen Strategie. Der Familienbeirat arbeitet auf Einladung der Senatsverwaltungen für Gesundheit und Soziales sowie für Bildung, Jugend und Wissenschaft in der Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Armutsstrategie mit und wird die Erkenntnisse der Expertise in den Erarbeitungsprozess mit einbringen.

Dabei sollte nach Ansicht des Berliner Beirats für Familienfragen ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf die bisherige Armutsprävention stattfinden:

1. Armut ist ein Phänomen, welches meist mit Einkommensarmut beginnt, sich jedoch auf die soziale, kulturelle, emotionale und gesundheitliche Lage aller Mitglieder armer Familien auswirkt. Armutsprävention auf Landes- und Bezirksebene ist damit immer auch ein Stück weit die Begleitung von armen Familien und muss sowohl alle Dimensionen von Armut als auch alle Familienmitglieder in den Blick nehmen.

2. Armutsprävention braucht ein klares und politisch gewolltes Ziel. D.h. eine Armutsstrategie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie von vorn herein durch politischen Beschluss (Senat, Abgeordnetenhaus) unterstreicht, dass sie gesamtstädtisch gewollt und unterstützt ist.
3. Arme Familien „wissen, was sie tun“: Sie verfügen über Ressourcen und Strategien, um mit ihrer eigenen Lebenslage umzugehen und ihr Familienleben aufrecht zu erhalten. Diese gilt es zu stützen und insbesondere Freiräume zu schaffen, in denen sich die Familien regenerieren, Informationen und Hilfe finden sowie neue Strategien entwickeln können. Von Anfang an sind arme Familien an der Erarbeitung von Maßnahmen und Vorschlägen zur Armutsprävention einzubeziehen.
4. Armen Familien gelingt ein Familienleben insbesondere dann gut, wenn sie auf ein Netz an Unterstützung zurückgreifen können. Private Netzwerke, sozialräumliche Verankerung, gut auffindbare Informationen und ein gutes Beratungs- und Unterstützungsangebot von öffentlichen und freien Trägern helfen dabei. Somit muss der Kreis derer, die als Akteure der Armutsprävention angesehen werden, deutlich über die öffentliche Verwaltung hinaus verstanden werden.

Der Berliner Beirat für Familienfragen schlägt vor, landesweit integrierte Netzwerke gegen Kinder- und Familienarmut aufzubauen und mit ausreichend Ressourcen auszustatten. Ziel dieser Netzwerke soll es sein, vor Ort, am besten im Sozialraum, alle Akteure/innen der Arbeit mit und für arme Familien (öffentliche Träger, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Pflegeeinrichtungen, Gesundheitsangebote, Familien- und Stadtteilzentren, Ehrenamtsprojekte u.v.m.) an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam ihre Arbeit aufeinander abzustimmen. Die Netzwerke können dabei auf bestehende Netzwerkstrukturen wie die Lokalen Netzwerke Kinderschutz oder Präventionsketten für gesundes Aufwachsen aufbauen.

Ausblick

Der Berliner Beirat für Familienfragen legt im Sommer 2015 den Familienbericht „Dazugehören, Mitgestalten – Familien in der Stadtgesellschaft“ vor. Dieser wird insbesondere die Frage diskutieren, wie es Familien in Berlin gelingt, am Leben in der Stadtgesellschaft teilzuhaben. Schwerpunkte dabei sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Familienleben unter den Bedingungen von Armut, Fragen der Gesundheit und der Begleitung und Förderung von Familien in unterschiedlichen Familienphasen, die aktuelle Stadtentwicklungspolitik sowie die Betreuung und Bildung der Kinder.

Hierfür hat der Berliner Beirat für Familienfragen seine Tradition der Familienforen, d.h. Gesprächsrunden mit Familien(mitgliedern) überall im Stadtgebiet, fortgesetzt. Zudem sind eine wissenschaftliche Expertise zur „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Berlin“ (Institut für gerontologische Forschung e.V.) sowie zu „Lebenslagen und Potentialen armer Familien in Berlin“ (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.) vorgelegt worden.

Im Juni 2014 ist das Familieninformationsportal www.berlin.de/familie, welches in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft auf berlin.de entstanden ist, öffentlich ans Netz gegangen und trägt dazu bei, die Informationen über Angebote und Leistungen für Familien besser zugänglich zu machen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen:

Der Berliner Beirat für Familienfragen ist ein von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft berufenes, aber unabhängiges Gremium, um den Senat ressortübergreifend in allen familienpolitischen Fragen zu beraten. Der Beirat spricht dafür mit vielen Familien in Berlin, führt Fachveranstaltungen durch und erstellt einmal in der Legislaturperiode einen Familienbericht für das Land Berlin. Aktuell wird der Berliner Familienbericht 2015 „Dazugehören, Mitgestalten – Familien in der Stadtgesellschaft“ zur Veröffentlichung im Sommer vorbereitet.

Kontakt:

Berliner Beirat für Familienfragen, Geschäftsstelle, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Tel.: 030/200891-60; Fax: 030/200891-69; post@familienbeirat-berlin.de; www.familienbeirat-berlin.de